

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Mittwoch,
22. Januar 1879.

Inserate

haben die Expedition in Leipzig zu haben.

Inserationsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf., unter Umständen 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 20. Jan. Sr. Maj. Statthalterin Luise, 8. Geschw., Commandant Corvettenkapitän Schering, ist am 6. Jan. in Suez eingetroffen und hat am 7. Jan. die Reise nach Aken fortgesetzt.

* Breslau, 20. Jan. In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde in der engern Wahl Justizrath Friedensburg mit 50 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Der Gegenkandidat Miquel erhielt 47 Stimmen. Zum zweiten Bürgermeister wurde der Stadtsynikus Dicksch mit 93 Stimmen gewählt.

* Nürnberg, 20. Jan. Gestern hat sich hier ein liberaler (antifortschrittlicher) Verein gegründet, an dessen Spitze die hervorragendsten Bürger stehen.

* Wismar, 20. Jan. Der Großherzog ist heute früh mit seinen Kindern nach England abgereist.

* Budapest, 20. Jan. Unterhaus: Von Apponyi wurde eine Interpellation an die Regierung darüber eingebracht, ob das von den Zeitungen publicirte Project der Organisation der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina authentisch sei, und ob die Regierung die gedachte oder eine andere Organisation der Verwaltung ohne Rücksicht auf die Gesetzgebungen festzustellen und einzuführen gedenke. Auf eine Anfrage Simonyi's wegen der orientalischen Pest erwiderte Ministerpräsident Tisza, die Regierung werde alle nothwendigen Maßregeln ergreifen, um das Uebel von den Landesgrenzen fern zu halten. Von Handelsminister wurde der Handelsvertrag mit Italien vorgelegt.

* Rom, 20. Jan. Senat: Bissolati richtete eine Interpellation an die Regierung und gab hierbei eine historische Uebersicht über die Beziehungen Italiens zu den auswärtigen Mächten, über die orientalische Frage und die Occupation Bosniens und der Herzegowina. Der Interpellant erkannte an, daß Oesterreich in diesen Ländern eine große Mission zu erfüllen habe. Weiter berührte derselbe einige, infolge der Occupation entstandene Schwierigkeiten und hob hervor, er glaube, daß die Verantwortlichkeit für dieselbe theilweise auf die innere unsichere Politik Italiens falle. Er erkenne an, daß Italien durch den Berliner Vertrag nicht geschädigt worden sei, glaube aber, daß dies durch seine innere Politik geschehen sei und daß sich die Lage Italiens dem Auslande gegenüber verschlimmert habe. Schließlich verlangte der Redner eine feste innere Politik, damit Italien die Achtung Europas wiedererlangen könne.

* Versailles, 20. Jan. nachmittags. Deputirtenkammer: Berathung des Programms des Ministeriums. Senard (gemäßigte Linke) spricht sich lobend über die Vergangenheit des Ministeriums aus, findet aber das Programm desselben unzureichend, namentlich bezüglich der Beamten. Der Ministerpräsident Dufaure erwiderte, er nehme die von Senard ausgesprochenen

Befürwörungen gern entgegen. Dufaure erinnerte sodann an den Theil, den er an der Begründung und Befestigung der Republik genommen, und erklärte, er werde sich künftighin noch strenger bezüglich der Beamten zeigen, ohne jedoch die von denselben geleisteten Dienste zu vergessen. Nach Dufaure ergriff Madier Montjau (radical) das Wort.

* Paris, 20. Jan. Admiral Touchard ist gestorben.

* London, 20. Jan. Die Times meldet aus Kurrachee von gestern, General Stewart lasse in der Richtung gegen Sirifil und Khatigiljal Recognoscirungen vornehmen.

* Petersburg, 20. Jan. Durch verschiedene Zeitungen läuft gegenwärtig eine Mittheilung, wonach nach dem Abzuge der russischen Truppen eine europäische gemischte Occupation Rumeliens stattfinden solle, bei welcher vorzugsweise Belgien und Schweden theilhaftig sein und auch die Großmächte ein kleines Contingent stellen sollen. In Bezug auf diese Nachrichten wird von unterrichteten Personen mitgetheilt: 1) Die Frage einer gemischten militärischen Besetzung nach dem Abzuge der russischen Truppen aus Ostrumelien ist unter andern von dem österreichischen Minister Grafen Andrássy zur Zeit des Berliner Congresses angeregt worden. 2) Die angelegenen Specialien (Bisfern, Rationalität der Contingente) beruhen durchweg nicht auf thatsächlicher Unterlage. 3) Es hat über die Frage seinerzeit unter einzelnen Mächten ein Ideenaustausch stattgefunden, welcher aber nicht zu einem Abschluß geführt hat. 4) Es hat gegenwärtig nicht den Anschein, als ob das Project einer solchen gemischten Occupation zur Ausführung gelangen werde.

* Wien, 20. Jan. abends. Der Politischen Correspondenz wird aus Konstantinopel vom 19. Jan. gemeldet, bei der Redaction des russisch-türkischen Friedensvertrages hätten sich unerwarteterweise Schwierigkeiten erheblicher Natur ergeben, welche den Abschluß der Verhandlungen und die Unterzeichnung des Vertrages zu verzögern tröben. Die russischen Bevollmächtigten beständen auf der Aufnahme eines Artikels in den Friedensvertrag, der die Pforte zur Durchführung aller in dem Berliner Vertrage unberührt gelassenen Bestimmungen des Vertrages von San-Stefano verpflichten sollte. Die türkischen Bevollmächtigten wollten indessen die Nothwendigkeit dieser neuen Stipulation nicht anerkennen und hätten darauf hingewiesen, daß die Pforte die Anerkennung der von dem Berliner Vertrage unberührt gelassenen, ihr durch den Vertrag von San-Stefano auferlegten Verpflichtungen niemals verweigert habe. Trostdem hoffe man, daß eine Verständigung erzielt werden würde. — Militär-Pascha hat der Pforte die Anzeige gemacht, daß er das Dorf Amino bei Arta für den Zusammentritt der türkisch-griechischen Grenzregulirungscommission gewählt habe.

* Konstantinopel, 20. Jan. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Philippopol vom 19. Jan. hat die europäische Commission die Kap. 3 und 4 des organischen Statuts, welche von dem Generalgouverneur und der Centralverwaltung handeln, in erster Lesung angenommen und ist sodann in die Berathung des Kapitels über die Provinzialversammlung eingetreten.

* Dresden, 20. Jan. Kronprinz Rudolf von Oesterreich wird nächsten Donnerstag vormittags aus Prag hier eintreffen und bis Sonnabend am hiesigen königlichen Hofe verweilen.

Die Vorlage über die Strafgewalt des Reichstags.

— Leipzig, 21. Jan. Die von der „Post“, jedenfalls nicht ohne Grund, so offen angekündigte Bereitwilligkeit des Reichskanzlers, auf Modificationen seines vielbesprochenen Gesetzentwurfs über die Strafgewalt des Reichstages sich einzulassen, stellt die Angelegenheit der Vorlage insofern auf eine andere Grundlage, als dadurch die Erörterung solcher Modificationen auch für die Presse in den Vordergrund gerückt wird, während bisher, wo man annehmen mußte, der Reichskanzler werde betriebs seiner Vorlage sagen: „ganz oder gar nicht“, auch die Opposition dagegen sich auf die einfache Ablehnung beschränken dürfte.

Im Reichstage wird vielleicht zuerst die Eiteltefrage angeregt werden, ob es nicht überhaupt gegen die Selbstständigkeit dieser hohen Körperschaft verstoße, wenn Bestimmungen über die Disciplin im Hause, statt vom Reichstage selbst, von den Regierungen, statt in der Form von Geschäftsordnungsparagraphen (nach Art. 27 der Reichsverfassung), in der Form eines Gesetzes erlassen würden.

Eine solche Vorfrage hängt aufs engste zusammen mit der materiellen Frage: ob und welche Erweiterungen der Disciplinargewalt — des Präsidenten und beziehentlich des Reichstages selbst — man nothwendig findet. Würde man z. B. dem Reichstage ein Recht der Ausschließung eines Mitgliedes auch nur für den Lauf einer Session einräumen wollen, so wäre dies etwas, was nicht wohl bloß im Wege der Geschäftsordnung festgesetzt werden könnte, sondern einer reichsgesetzlichen Verkräftigung bedürfte, weil dabei nicht Rechte der Abgeordneten allein, sondern auch Rechte der Wählerschaften in Frage kämen.

Unseres Erachtens kann es nicht schwer fallen, zu sehen, was der bloßen inneren Geschäftsordnung des Reichstages anheimfällt, was darüber hinausgeht. Jenes wird der Reichstag allein zu regeln haben, und es steht zu erwarten, daß dazu sofort beim Beginn der Session aus der Mitte des Reichstages heraus die Initiative ergriffen wird; dieses (eine Aenderung der Reichsverfassung), müßte selbstverständlich

Der Fall des Dr. Müller.

Unter obigem Titel schreibt die National-Zeitung: „Wegen Beleidigung des Oberlehrers Dr. Müller zu Leipzig durch die Presse sind in den jüngsten Tagen zwei Pastoren von der hiesigen Abtheilung des Berliner Stadtgerichts verurtheilt worden. Zweimal hat man Herrn Müller dann in dem preussischen Abgeordnetenhaus zum Gegenstande des Angriffes von conservativer Seite gemacht. Die Herren v. Hammerstein und v. Meyer-Arnswalde haben in den stärksten Ausdrücken gegen den lippstädter Oberlehrer sich erlassen.“

Um was handelt es sich nun? Vor zwei Jahren hat Dr. Müller (den Geheimrath Stauder als einen Mann von ausgezeichnete technischer Befähigung schildert, der den naturwissenschaftlichen Unterricht auf eine Höhe gebracht, wie sie andern Anstalten zu wünschen wäre) seinen Primanerern aus einem Buche von Gayus Sterne über Darwinismus eine Anzahl Stellen vorgelesen, das ist das Verbrechen. Die Schulbehörde hat seinerzeit deshalb dem allzu eifrigen Lehrer eine Rüge ertheilt. Damit hätte man sich allseitig beruhigen können. Was mag wol der Grund sein, warum man auf Dr. Müller jetzt nach Jahren ein so concentrirtes Feuer eröffnet? Wahrscheinlich weniger die Persönlichkeit des Hrn. Müller als die Unterrichtsverwaltung sollte damit angegriffen, ein Seitenstück zu der Verantwortlichkeit des Kultusministers für Hölle sollte geschaffen werden. Der Abg. Frhr. v. Hammerstein sprach offen aus: die Schulaufsichtsbehörde trage die Verantwortung dafür, wenn ein Geschlecht aufge-

zogen werde, deren religiöses Bekenntniß der Atheismus, deren politisches der Communismus sei.

Die Ankläger des Dr. Müller haben das Buch von Gayus Sterne zur Hand genommen, die lehrerliche Aussprüche daraus notirt und sie weisen sie triumphirend vor. „Seht“, sagen sie, „solche Dinge lehrt man unsere Kinder!“ Nur schade, daß die Auswahl, die Dr. Müller getroffen hatte, mit derjenigen absolut nicht stimmt, welche seinen Segnern solchen Anstoß gegeben; nur schade, daß es harmlose Auseinandersetzungen über Festigkeit oder Veränderlichkeit der Arten waren, welche dieser blinde Eifer noch nach zwei Jahren verfolgt. Das ist in der Gerichtsverhandlung wie durch den Kultusminister und den Regierungskommissar bestätigt worden.

Die pädagogische Frage, die sich hier anknypt, wäre allerdings einer vorurtheilsofen Behandlung werth, selbst in dem preussischen Abgeordnetenhaus. Die Geschichte der Naturwissenschaft ist mit den Streitfragen, welche man heutzutage mit dem Namen des Darwinismus bezeichnet, so innig verknüpft, daß es für eine irgend eingehende Behandlung unmöglich wird, diesem Namen auszuweichen. Die naturphilosophischen und theologischen Konsequenzen, welche an diese Hypothesen geknüpft werden, kann man freilich unserer Jugend erlassen. Da aber die Theorien des Darwinismus ebenso von Anhängern einer mechanischen Weltordnung als von denen eines Weltregierers, von den Aposteln des Zufalles wie von denen der Zweckmäßigkeit in Anspruch genommen werden, da die Berechtigung der allgemeinen Gleichheit im Communismus wie die Berechtigung der Aristokratie als eines

Naturgesetzes mit gleicher Bestimmtheit und Lebhaftigkeit daraus hergeleitet werden, so ist uns der fromme Eifer, der sich gegen die Hypothese an sich wendet, nicht recht verständlich. Ueber die polemischen Mittel aber, welche in dieser Angelegenheit gebraucht wurden, hat das Stadtgericht ein Urtheil abgegeben, welchem die öffentliche Meinung nach dem Nachspiel, das die Gerichtsverhandlung im Abgeordnetenhaus gefunden hat, nur in verstärktem Maße sich anschließen kann.“

Bismarck-Anekdoten.

Das englische Gesellschaftsjournal Truth erzählt: Bismarck war zu keiner Zeit gerade eine angenehme Persönlichkeit, wenn es sich darum handelte, Privat- oder öffentliche Geschäfte mit ihm zu verhandeln. Er ist mir gar wenig Gehuld auf die Welt gekommen und hat seitdem alljährlich etwas davon eingeblüht. Eines Abends besand er sich in dem Salon der Fürstin Svariatinski und wußte so viele scharfe Dinge über diese und jene öffentliche Persönlichkeit zu erzählen, daß es den Zuhörern ganz unbehaglich zu Muth wurde. Endlich empfahl sich Sr. Exc.; allein gleich darauf ließ sich die Stimme des Hofstundes vernehmen, welcher dem seinen Wagen auszufahren beabsichtigten wie wählend nachstellte. Fürst Svariatinski konnte der Versuchung, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, nicht länger widerstehen; rasch öffnete er ein Fenster und rief dem Scheidenden mit lebender Stimme die Bitte nach: „Monsieur l'ambassadeur! Beissen Sie mir doch ja meinen Hund nicht.“ Der kürzlich ermordete General Klenzow ließ Bismarck einstmals im Cercle Anglais abhassen. Letzterer pflegte daselbst Karten zu spielen und traf einstmals den General, welcher sein Ohr mit dem Taschentuch bedeckte. „Haben Sie Ohrenschmerzen?“ frag der General theilnehmend. „Ja, Excellenz“, war die Antwort, „vous m'avez donné un coup de langue.“

mit den Regierungen im Bundesrathe vereinbart werden.

Beginnen wir nun mit den in letztem Reich ein Schlagenden Bestimmungen der Gesetzesvorlage, so haben wir schon sogleich beim Erscheinen derselben der Auslieferung eines Abgeordneten durch den Reichstag selbst an den Strafrichter widersprochen. Da der gleiche Widerspruch sogar von hochconservativen Organen, wie die Neue Preussische Zeitung, erhoben worden ist, so glauben wir darüber kein Wort weiter verlieren zu sollen. Die strafrechtliche Unantastbarkeit (Immunität) der Volksvertreter in Bezug auf ihre parlamentarischen Reden und Abstimmungen ist in allen Ländern stets als eine Lebensbedingung des Constitutionalismus betrachtet worden.

Wir kommen zu dem in §. 3 unter 3) dem Reichstage zugesprochenen Rechte der Ausschließung eines Mitgliedes entweder für längere Zeit oder auch auf die ganze Legislaturperiode, eventuell unter Entziehung des Rechts, wieder gewählt zu werden. Letztere Strafgewalt des Reichstages erschien uns unter allen Umständen als höchst bedenklich und als schlechterdings unannehmbar. Man vergesse nur nicht, daß derartige äußerste Maßregeln zwar in gewöhnlichen Zeiten nicht leicht mißbräuchlich angewendet werden, wohl aber in Zeiten ungewöhnlicher Erregung oder auch des einseitigen Sieges einer Partei über die andere. Der Trost, den die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in dieser Hinsicht speciell den liberalen Parteien gibt, daß sie Bergewaltigungen von Seiten ihrer conservativen Gegner, auch wenn diese noch so übermächtig sein sollten, nicht zu befürchten hätten — dieser Trost verfangt nicht angesichts der geschichtlichen Erfahrungen, welche zeigen, daß gerade conservative Mehrheiten einen solchen Terrorismus ausgeübt haben. Oder sind die Beispiele vergessen, wo eine ultraroyalistische Kammer in Frankreich einen Manuel, eine ultraservile in Württemberg einen Fr. List austrief? Und das sogar ohne eine verfassungsmäßige Autorisation dazu. Wie möchte es erst gehen, wenn eine solche gegeben wäre! Das sind geschichtliche Thatsachen! Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung möge doch so gut sein, einen ähnlichen geschichtlichen Beweis anzutreten betreffs einer Terrorisirung conservativer Minoritäten durch liberale Majoritäten!

Eine Ausschließung für die laufende Session (nicht die ganze Legislaturperiode) würden wir — als äußerstes Mittel bei sehr grober Verschuldung — nicht geradezu verwerfen wollen. Eine Wählerschaft, die einen Abgeordneten zum Reichstage entsendet, der die Würde des letztern so stark schädigt, daß man zu solchen Mitteln gegen ihn greifen muß, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie für den Rest einer Session unvertreten bleibt.

Für „Verweis“ und „Abbitte“ (§. 3 unter 1 und 2) möchten wir uns nicht erklären. Beides hat etwas gar so Schulmäßiges, führt auch in der Praxis (wie Beispiele aus der englischen Parlamentsgeschichte zeigen) leicht zu neuen Ausnehmungen des davon betroffenen Mitgliedes und damit zu neuen Störungen der parlamentarischen Ordnung. Eher würden wir einer Maßregel zustimmen können, die unsers Wissens im französischen Parlament besteht, einer vom Reichstage auszusprechenden und im Reichstagsprotokoll niederzulegenden Klage, die aber nicht, wie der „Verweis“, direct an den davon Betroffenen selbst zu richten wäre.

Als das Wichtigste erscheint uns übrigens nicht so sehr dies, daß eine die Würde des Reichstages verletzende oder gar verbrecherische Aeußerung eines Redners hinterher an diesem geahndet, als vielmehr, daß eine solche möglichst rasch unterbrochen und so ihre Wirkung entweder verhindert oder doch abgeschwächt werde. In unsern Augen ist daher das Bedürfnis einer Verschärfung der Disciplinargewalt der Präsidenten (und selbstverständlich einer energischen und aufmerksamen Handhabung der so verschärften) allererstes Bedürfnis. Gegenwärtig kann erst nach zweimaligem Ordnungsruf eine Entziehung des Wortes stattfinden, und auch dann nicht sofort durch den Präsidenten selbst, sondern nur auf Berufung desselben durch die Versammlung.

Diese Sachlage ermöglicht es einem auf Ausschreitungen ausgehenden Redner (und deren gibt es ja leider), die ärgsten Dinge wiederholt zu sagen und so wenigstens nahezu seinen Zweck zu erreichen. Wir würden es unbedenklich finden, dem Präsidenten das Recht einer Entziehung des Wortes sogleich beim ersten Male, wo ein Redner sich gegen die parlamentarische Ordnung vergeht, einzuräumen — vorbehaltlich der Berufung des so unterbrochenen Redners an das Plenum. Der Discretion des Präsidenten dürfte man vertrauen, daß er ein solches Recht nicht mißbrauchen würde.

Wenn der Präsident das Recht hat, einem Redner bei einer ganz maßlosen Aeußerung (und nur in solchen Fällen wird dieses geschehen) sofort das Wort zu entziehen, und wenn der Präsident seine Schuldigkeit thut, so kann kaum viel mehr als ein unziemliches Wort oder höchstens eine kleine Folge solcher in die Deffentlichkeit bringen.

Daß eine vom Präsidenten als ordnungswidrig gerügte und unterbrochene Aeußerung auch aus dem Stenographischen Berichte wegzulassen wäre — auf Anordnung des Präsidenten, von der natürlich gleichfalls an den Reichstag appellirt werden könnte —, auch dawider würden wir nichts haben. Doch möchten wir nicht, daß alsdann auch jede andere Veröffentlichung durch die Presse schlechthin „verboten“ würde, vielmehr würden wir es für genügend erachten, wenn in solchem Falle die in Art. 22 der Reichsverfassung den „wahrheitsgetreuen Berichten über Verhandlungen des Reichstages“ zugesicherte Strafflosigkeit wegfiele. Schwerlich würde so leicht ein Redner oder der Redacteur eines Blattes wagen, eine vom Präsidenten und vom Reichstage selbst zur Ausschließung von dem Stenographischen Berichte verurtheilte Aeußerung auf seine Gefahr drucken zu lassen, und doch sind wiederum äufferste Fälle denkbar, wo ein solcher Appell an die Deffentlichkeit und beziehentlich an die Gerichte die einzige Schutzwehr eines Redners gegen Terrorisirung durch eine parteiische Majorität sein könnte.

So viel über die materiellen Bestimmungen des Entwurfs! Die Bildung und Zusammensetzung der „Commission“ ist für uns im Vergleiche dazu etwas Nebensächliches. Wir kommen darauf vielleicht ein andermal zurück.

Deutsches Reich.

× Berlin, 20. Jan. Mit einer gewissen Beharrlichkeit taucht in der Presse wieder das Gerücht auf, der Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstages sei bereits zur Zeit der letzten Reichs-

tagessession im Angriff gewesen, damals aber von dem die Regierung führenden Kronprinzen nicht genehmigt worden. Es ist dies eine reine Erfindung, wie es das frühere schon dementirte Gerücht war, der Reichskanzler habe eine nochmalige Auflösung des Reichstages verlangt, der Kronprinz aber habe dieses Verlangen zurückgewiesen. Mit derselben Beharrlichkeit wird das weitere Gerücht colportirt, das Staatsministerium habe von dem im Namen des Kaisers eingebrachten Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstages nicht die mindeste Kenntniß gehabt. Auch dieses Gerücht ist wörtlich unwahr, und rein erfunden ist die Behauptung, daß die Vorlage dem preussischen Staatsministerium darum nicht mitgetheilt worden sei, weil sie als Präbivalantrag im Namen des Kaisers, nicht aber im Namen der Reichsregierung an den Bundesrath gelangt sei. Neuerlich ist die Annahme in Umlauf gebracht worden, der Reichskanzler habe in vertraulichen Aeußerungen über die Annahme der Vorlage betreffend die Strafgewalt des Reichstages erklärt, daß er auf die Annahme keinen unbedingten Werth lege; der Gesetzentwurf sei nicht sowohl im Interesse der Reichsregierung als im Interesse des Reichstages eingebracht. Mit dem Aufsteigen dieser Annahme scheint die Geneigtheit der national-liberalen Partei zu wachsen, den berechtigten Kern der Vorlage zur Geltung zu bringen. Die Wirkung dieser wachsenden Geneigtheit der national-liberalen Partei gegenüber den erwähnten, übrigens bis jetzt nicht verbürgten Aeußerungen des Reichskanzlers ist nicht gerade unerklärlich, wenn man bedenkt, wie schwer es dem Reichstage werden dürfte, die moralische Verantwortlichkeit für eine zunehmende Entartung der parlamentarischen Sitten zu tragen. Andererseits weiß man vom Reichskanzler, daß er nirgends, wo es sich um einen sachlichen Zweck handelt, einen entscheidenden Werth auf die Form zu legen pflegt. Dem Reichstage wiederum wird das praktische Eingehen auf die Frage in dem Grade erleichtert, als die Schwere eines moralischen Druckes wegfällt. Die Vorgänge in der Sonnabendssitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher Hr. v. Bennigsen erklärte, die Nichtangehörigen des Hauses gegen Beschimpfungen nicht schützen zu können, werden dazu beitragen, die Worte des Reichskanzlers und die Einbringung seiner Vorlage in weitere Kreise zu tragen und allgemeiner zur Anerkennung zu bringen. Sagt doch die National-Zeitung in ihrer Sonnabendnummer: „In der That leidet die Würde des Hauses, wenn es gezwungen wird, einen Ausdruck wie „niederträchtig“ auch nur anzuhören, gleichviel gegen wen sich derselbe richtet.“

Der Neuen Frankfurter Presse berichtet man aus Berlin vom 20. Jan.: „Es verlautet, der Reichskanzler würde die Vorlage wegen der Strafgewalt des Reichstages zurückziehen und zunächst dem Reichstage die Initiative überlassen.“

Wie die Tribüne von guter Seite hört, soll sich schon jetzt mit Wahrscheinlichkeit absehen lassen, daß die Mehrheit des Bundesraths sich für das Tabaksmonopol erklären wird.

Anknüpfend an die Willensmeinung des Deutschen Kaisers, anstatt der etwa demselben zugebachten persönlichen Geschenke den festlichen Tag seiner Goldenen Hochzeit durch Gründung oder Beschneidung von milden Stiftungen zu feiern, bringt die

Außer seiner Muttersprache kann der Fürst in drei Sprachen maticios sein. Er spricht correct englisch, ziemlich fließend russisch und ein vorzügliches Französisch. Während Wolke eine Vorliebe für die englischen Romane der Miss Bradbon und Mistress Henry Wood hat, zieht Bismarck die französischen Romane vor, je leichter, desto lieber. Feydeau, Edmond de Goncourt und Zola sind seine Lieblingsautoren. Vor etwa drei Jahren hatte ich das Glück, den Fürsten in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße zu besuchen und mich eine gute Stunde mit ihm zu unterhalten. Er rauchte während der ganzen Zeit und hat mich, ein Gleiches zu thun; ab und zu füllte er sich ein Glas aus dem ihm zur Seite stehenden Bierkrüge. Neben dem Bierkrüge befand sich eine ganze Reihe französischer Romane in gelbem Einband. Als ich den geschäftlichen Theil meines Besuches erledigt hatte, fragte mich der Fürst, welchen französischen Romanisten ich den Vorzug gebe, indem er mich gleichzeitig mit seinem Urtheile über die französische Literatur bekannt machte, mit der er, wie ich bald bemerken konnte, vollständig vertraut ist. In Erfahren versetzte mich aber die Naivität, mit der er an die Wahrheitsstreue der Skizzirungen der dunklern Seiten des socialen Lebens Frankreichs glaubte. Er hält die französische Gesellschaft für bis ins Raue hinein verdorben und ist gänzlich außer Stande, den guten Eigenschaften gerecht zu werden, welche die bessere französische Gesellschaft zieren. Mit der ihm eigenartigen Derbheit wies er noch darauf hin, wie die Franzosen immer ihr eigenes Nest beschmutzen und der jüngere Dumas sowie Zola auf den Vorwurf der Uebertreibung vor aller Welt verkünden, daß dieser Vorwurf ein ungerechter sei. Ich bemerkte ihm hierauf, daß, wenn man England nach den Producten seiner Sensationsromanen beurtheilen wollte, man Gefahr liefe, London für den Stammsitz aller Diebe, Räuber und Wauernfänger zu halten. Nun, ich bin gerade der Meinung, daß der Diebstahl das Nationalflaß der Engländer ist, erwiderte Bismarck. Bei einer Handelsstraße muß dies schlechterdings der Fall sein. Es gibt in Europa kein Gefängniß, in dem nicht ein englischer Taschendieb säße. Wenn der Diebstahl zum nationalen Trieb sich ent-

wickelt, so fördert er die Eroberungslust; er erniedrigt weder die Moral noch verweicht er, wie es die Franzosen sind, die sich von Weibern regieren lassen. Dies brachte uns auf Frankreich zurück, und ich fragte den Fürsten, ob er nicht glaube, daß die republikanischen Institutionen in Frankreich Wurzeln fassen können. Mit besonderm Nachdruck erwiderte er: Nicht wird den Franzosen dienen, als von einer festen Hand regirt zu werden; ob der Regierende sich Kaiser oder Republikaner nennt, darauf kommt es nur wenig an.

Es ist des Fürsten Gewohnheit, jedermann herunterzureißen, der in der Welt eine Rolle spielt. Er hat über Lord Beaconsfield schlimmere Dinge gesagt, als ich hier wiederholen möchte, und oft und viel prophezeit, daß Gladstone, wenn er politisch abgewirksam sei, zur römischen Kirche übergehen werde. Als das Pamphlet „Vaticanium“ erschien, bemerkte er trocken: Wäre Gladstone nicht verheiratet, so würde er in zehn Jahren Cardinal sein. Mit Mac Mahon ging er noch schlimmer um; als ihm jemand bemerkte, daß derselbe entschlossen scheine, den Rothen die Zähne zu zeigen, erwiderte er: Bah, Mac Mahon wollte nach dem Hute Napoleon's greifen und hat aus Bersehen Dupanloup's Bischofsmütze sich aufgesetzt.

Leipziger Stadttheater.

B-sch. Leipzig, 20. Jan. Unter dem allerjüngsten Nachwuchs unserer gegenwärtigen dramatischen Autoren hat sich Hugo Bürger durch einige Lustspiele im Stile des ältern französischen Intriguenslustspiels nicht unworthig bekannt gemacht. An seinem „Frauenadvocat“ und seinen „Modeln des Sheridan“ hatte die Kritik das löbliche Streben des Verfassers nach einer größeren Vertiefung seines Stoffes, nach Gewinnung eines über die Seichtigkeit und Trivialität hinausgehenden gedankenvollern Dialogs und einer gewissen Natürlichkeit in der

Verwickelung und Lösung seiner Fabel anzuerkennen. Das sind zweifellose Vorzüge, durch welche Hugo Bürger sich vor manchen andern seiner dramatischen Collegen, die sich bei weitem größerer äußerer Folge erfreuen, zu seinem Vortheile auszeichnet. Und wenn auch das neueste Product dieses Schriftstellers, das vorgestern hier zum ersten mal zur Aufführung gelangte vieractige Lustspiel „Die Adoptirten“, nicht ganz den von ihm gehofften Erfolg erzielte, so darf dieses für den jungen, aber entschieden talentbegabten Dramatiker kein Grund zur Entmuthigung sein.

Die Gründe, warum die Aufnahme des genannten Lustspiels seitens des hiesigen Publicums eine nur mäßig freudliche war, liegen freilich in der Composition dieser Novität selbst. Zunächst entbehrt die etwas lange Exposition des ersten Actes jener Klarheit und Durchsichtigkeit, die den Zuschauer der Mühe überheben, in den folgenden Acten immer wieder sich die ersten Voraussetzungen in Erinnerung rufen zu müssen. Diese letztern sind aber in den „Adoptirten“ sehr verwickelter Art und erleichtern durch ihren wesentlich complicirt-juristischen Charakter das Verständniß nur wenig. Einen fernern Grund finden wir dann aber in dem zu ernsten Charakter der beiden ersten Acte des Lustspiels. Es fehlen hier fast ganz alle eigentlichen Lustspielemente, die nicht immer burlesker Natur zu sein brauchen, um in dem Zuschauer bei dem sich immer mehr complicirenden dramatischen Conflict doch die Empfindung aufkommen zu lassen, daß er sich einer wesentlich heiter verlaufenden Handlung gegenüber befindet. Wir fürchten hier bis zur Mitte des dritten Actes jeden Augenblick den Ausbruch eines tragischen Conflicts.

Deutsh
werthen
daß die
nicht zu
Theilna
werden
Wilhelm
Telegraf
allgemei
als wer
Wenn
wird,
feier ge
— In
Pest er
das Re
bereitung
Seuche
erforder
gemeins
Wirtshau
rath Dr
nach Wi
abredun
behörden
— De
folgende
werden,
cial den
in Berlin
Belageru
selben el
den Abg
— Der
vom 18
Das
culturra
mittelt
den Wei
15. Dec
Zeitung,
Control
Reichsra
rung her
fürwort
und zwar
für die
schaft dur
den land
die dort
dabei Ab
directen
Branntw
lande ein
dieser in
steuer. I
im Inlan
einem G
Product
steuern n
Betriebe
bäudebes
für die
tungen g
neuen von
gegeben,
Aequival
wenn den
Lust stel
Fabrikant
zuschlag

Deutsche Verkehrs-Zeitung einen gewiß beherzigenswerthen Vorschlag. In der berechtigten Voraussetzung, daß die Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung nicht zurückstehen werden, einen Beweis der herzlichsten Theilnahme an dem schönen Familienfeste zu geben, werden dieselben aufgefordert, ihre Beiträge der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für die Angehörigen der Post- und Telegraphenverwaltung zuzuwenden. Eine möglichst allgemeine Theilnahme mit mäßigen Beiträgen wird als werthvoller bezeichnet, als hohe Beiträge Einzelner. Wenn überall nach ähnlichen Grundsätzen verfahren wird, ist jedenfalls eine sinnige und allgemeine Festfeier gesichert.

— Infolge der Nachrichten über die Fortdauer der Pestkrankung im südlichen Rußland hat das Reichs-Gesundheitsamt die Maßregeln in Vorbereitung genommen, welche bei weitem Vorrücken der Seuche zur Abwehr der Gefahr von unsern Grenzen erforderlich werden. Um diesen Maßregeln durch ein gemeinsames Vorgehen mit Oesterreich die möglichste Wirksamkeit zu sichern, hat sich der Geh. Regierungsrath Dr. Finkelnburg im Auftrage des Reichskanzlers nach Wien begeben, wo derselbe die erforderlichen Verabredungen mit den österreichisch-ungarischen Sanitätsbehörden treffen wird.

— Dem Frankfurter Journal geht aus Berlin folgende sensationelle Nachricht zu: „Es soll geplant werden, auf die sieben noch nicht ausgewiesenen socialdemokratischen Abgeordneten, sobald sie sich in Berlin zur Reichstagsöffnung einfänden, den kleinen Belagerungszustands-Paragrafen anzuwenden und dieselben ebenso aus Berlin auszuweisen, wie dies mit den Abg. Hasselmann und Fripsche der Fall war.“ (?)

— Der Weser-Zeitung schreibt man aus Berlin vom 18. Jan.:

Das Schreiben des Fürsten Bismarck an den Landesculturrath des Königreiches Sachsen, welches wir vorgestern mittheilten, hat in einer für uns freilich nicht überraschenden Weise die Vertheidiger des Programms vom 15. Dec., welche, wie neulich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, in der allgemeinen Eingangsabgabe nur eine Art Controlabgabe sehen wollten, ad absurdum geführt. Der Reichskanzler bestätigt, daß er grundsätzlich eine Besteuerung der landwirtschaftlichen Producte des Auslandes beifolgt, also vor allem der Vieh- und Getreideeinfuhr, und zwar betrachtet er den Einfuhrzoll als ein Aequivalent für die Besteuerung der Producte der deutschen Landwirtschaft durch Grund- und Gebäudesteuern. Daß auch auf den landwirtschaftlichen Producten des Auslandes bereits die dort zur Erhebung gelangten Realsteuern lasten, ist dabei übersehen. Wenn von dem im Inlande einer indirecten Besteuerung unterworfenen Consumtionsartikeln — Branntwein, Zucker etc. — bei der Einfuhr aus dem Auslande ein entsprechender Zoll erhoben wird, so stellt dieser ein Aequivalent dar für die inländische Consumtionssteuer. Die landwirtschaftlichen Producte unterliegen aber im Inlande keiner Verbrauchsabgabe, deren Aequivalent in einem Eingangsoll von ausländischen landwirtschaftlichen Producten gefunden werden könnte. Grund- und Gebäudesteuern werden erhoben nicht ausschließlich von dem zum Betriebe der Landwirtschaft verwendeten Grund- und Gebäudebesitz, sondern gelten theils generell als ein Aequivalent für die Sicherung, welche jedem Besitz die Staatseinkünfte gewähren, theils sind sie quasi unmittelbare Steuern von Staatseigentum. Aber, alle Voraussetzungen zugegeben, würde die Eingangsabgabe doch nur dann als Aequivalent für die inländische Steuer zu betrachten sein, wenn dem ausländischen Fabrikanten der Eingangsoll zur Last fielen. In Wirklichkeit aber wird nicht der ausländische Fabrikant, sondern der inländische Consumant den Preiszuschlag bezahlen müssen, und zwar nicht nur von der Ein-

fuhr, sondern auch von der inländischen Production. Im Jahre 1878 hat sich die inländische Getreideproduction auf 250 Mill. Ctr. belaufen; die Getreideeinfuhr im Durchschnitt der letzten sechs Jahre auf 24 Mill. Ctr. Wie auf diese die inländische Steuer durch Erhebung eines Zollsaßes abgewälzt werden kann, ist ein völliges Räthsel. Wenn Deutschland einen Getreidezoll erhebt, so ist die einzige Folge, daß das Getreide in Deutschland um den Zoll theurer ist. Die 24 Mill. Ctr. Zufuhr, deren Deutschland bedarf, werden also nothwendigerweise auch den Preis der im Inlande producirten 250 Mill. Ctr. steigern. Mit andern Worten: der inländische Consumant, nicht der ausländische Producent, muß den Getreidezoll tragen und auf diese Weise den inländischen Producenten die Realsteuern ersetzen. Natürlich aber ist auch dieser Ertrag nur ein scheinbarer, da die Vertheuerung der landwirtschaftlichen Producte alle Lebensbedingungen und in der Folge auch die Löhne verteuern muß, so daß der Landwirth — aber nicht nur dieser — das, was er auf der einen Seite gewonnen hat, auf der andern doppelt und dreifach wieder verliert.

— Die Kölnische Zeitung schreibt: „Die Nachrichten aus Olympia lauten neuerdings nicht erfreulich. Die Fundstätten bleiben zwar ergiebig, aber die nasse Witterung hat den Fortgang der Ausgrabungen gehemmt, und überdies haben Krankheiten herrschend, namentlich ist Dr. Treu zuerst von einer Lungenentzündung und sodann vom Typhus heimgesucht worden. Er ist noch immer leidend, und so ist von hier aus ein deutscher Arzt veranlaßt worden, nach Olympia zu reisen, um womöglich dem verdienten Gelehrten Hilfe zu bringen. Bedauerlich ist auch, daß das schöne, dem deutschen Namen Ehre machende Unternehmen der Ausgrabungen in Olympia noch immer Segner findet. Ueber August Reichensperger kann man sich nicht verwundern, wenn er sich für das Unternehmen nicht erwärmt; denn es werden in Olympia keine Madonnen ausgegraben, sondern nur Werke des Praxiteles oder Phidias und anderer stofffinsterer Heiden. Aber auch in gelehrten Kreisen finden sich stille Segner, welche aus engherzigen Rücksichten, die unerörtert bleiben mögen, gern die Ausgrabungen hemmen und die Regierungen, namentlich die eines großen süddeutschen Staates, veranlassen möchten, die kleine, auf dem großen deutschen Reichsetat fast verschwindende Summe nicht weiter zu bewilligen. Nachdem in Olympia eine solche Perle der antiken Kunst wie der Hermes des Praxiteles zu Tage gefördert ist, würde es für Deutschland doch wahrhaft schmachlich sein, wenn das unternommene Werk, das einer glücklichen Beendigung in zwei Jahren entgegengeht, abgebrochen werden sollte. Es fehlt, um uns gründlich zu blamiren, dann bloß, daß die französische oder englische Regierung die Unternehmung fortsetze und zu Ende führe. Hoffen wir indeß, daß Bundesrath und Reichstag sich nicht so kleinlich gesinnt zeigen werden.“

Preußen. Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Barmen vom 19. Jan.: „Auf der Tagesordnung der Stadtrathssitzung vom 21. Jan. steht als erster Gegenstand derselben: Antrag der Herren Stadtverordneten Ernst v. Eynern, F. Tillmanns und Genossen auf Erlass einer Adresse an den Herrn Reichskanzler. Der Antrag geht dahin: „Die Stadtverordnetenversammlung möge in einer Adresse an den Herrn Reichskanzler ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Durchführung der in dem Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 15. Dec. v. J. in Aussicht genommenen Schutzollpolitik die barmer Exportindustrie und damit den Wohlstand der Stadt schädigen wird; daß dieses insonderheit für die barmer Hauptindustrie

zu befürchten sei, wenn die von Spinnern in Anregung gebrachte Erhöhung auf englische Garne zur Durchführung kommen solle.“ Motiviert wird der Antrag damit, daß die Zustimmungsdressen rheinischer Nachbarstädte zu dem Schreiben des Reichskanzlers der Vertretung der zweitgrößten Stadt der Rheinprovinz die Pflicht auferlegen, ihre abweichende Ansicht auf gleichem Wege zur Kenntniß des Herrn Reichskanzlers zu bringen. Der Antrag ist außer von den Antragstellern von weitem 18 Stadtverordneten unterzeichnet, so daß demselben eine Zweidrittel-Mehrheit sicher ist. Wahrscheinlich erfolgt die Annahme einstimmig.“

N.L.C. Berlin, 20. Jan. In derselben Sitzung der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses, wo Miquel die Bildung einer ständigen Commission für das Gewerbeschulwesen im Anhang zu der Gestaltung der neuen neunklassigen und sechsklassigen Gewerbeschule verfocht, drang Virchow auf einen allgemeinen obersten Unterrichtsath. Der Gedanke wird wol die Zustimmung des Hauses finden, nachdem er seiner ersten etwas peremptorischen Form entkleidet ist. Zur Forderung eines dahin gehenden Besetzungswurfs schon in der nächsten Session ist die Sache noch nicht hinlänglich geklärt und reif. Aber dem Minister fällt dieselbe zur Erwägung zu stellen, kann doch auf keinen Fall schaden. Wie bald er seinen großen Schulgesetzentwurf ganz oder theilweise zur Vorlage bringen kann, steht dahin. Bis dahin ruhen die wichtigsten Entscheidungen nicht bloß über Einzelfälle, sondern über umfassende und tiefgreifende organisatorische Maßregeln bei dem Minister und dessen Geheimräthen, zu denen man sonst ja alles mögliche Vertrauen hegt, die jedoch bei neuen Organisationen mit nicht geringem Nutzen Sachverständige vorher anhören würden, als dies z. B. der Ministerialdirectur Jacobi und die Geheimräthe Wehrenpfennig und Lüders gethan haben vor der Feststellung des Reformplanes für die Gewerbeschulen. Der gegenwärtige Unterrichtsminister hat allerdings noch keine erheblichen Neuerungen verfügt, ohne zuvor Specialcommissionen berufen und vernommen zu haben, mit Ausnahme der größten von allen, des Schulgesetzentwurfes, soweit derselbe überall schon definitiv feststeht. Allein ein ständiger Unterrichtsath hat offenbare Vorzüge vor besonders eingeladenen speciftischen Commissionen. In ihm bildet sich eine gewisse Summe nützlicher Erfahrungen und Eindrücke zu dauernder Wirkung aus. Wenn er richtig zusammengefaßt ist, bildet er für bedeutsame neue Maßregeln eine erspriessliche Vorstufe sowohl für die Regierung wie für das Abgeordnetenhaus. Ohne daß wir uns den Unterrichtsath nothwendig auf andere Art entsetzend denken müßten, nämlich ebenfalls einfach durch die Berufung des Ministers, fühlen wir uns doch sicher genug, es werde in diesem Falle eine so autoritative Körperschaft zusammenkommen, wie nur immer möglich: in sich fassend die paar von jedermann anerkannten Koryphäen des Faches, und daneben lauter ebenso wohlbeschlagene wie wegen ihres Gerechtigkeitsfinnes und Wohlmeinens unverdächtige Männer ohne allzu ängstliche Rücksicht auf ihre politische oder gesellschaftliche Stellung. Gerade wenn der Minister selbst den Unterrichtsath zu bilden hat, muß ihm daran gelegen sein, demselben vor der Landesvertretung und der öffentlichen Meinung ein sicheres Relief zu verschaffen. Er würde sich sonst hiermit wirklich nur eine Belästigung

Schließlich möchten wir als weitem Fehler der Composition die Anhäufung unmotivirter Wendungen im vierten Act bezeichnen. Daß Rechtsanwalt Lambert, um die Heirath seiner Schützlinge zu ermöglichen, kopf-über den Reinhold Günther adoptirt, ist ganz unwahrscheinlich, und daß die Lösung durch ein „Hörchen“ des Frhrn. v. Hochdahl, der den Entführungsentwurf Günther's und den Widerstand Susanne's im andern Zimmer hört, herbeigeführt wird, beweist, daß dem Autor hier seine technischen Mittel, um eine weniger abgebrauchte Lösung herbeizuführen, ausgegangen waren. Daß er sich aber des Vortheils beraubte, das erste Begegniß des Freiherrn und Susanne's (im dritten Act) vor dem Zuschauer vorzuführen und dadurch eine hochwichtige dramatische Scene zu gewinnen, anstatt, wie er gethan, sie hinter die Bühne zu verlegen und uns von deren Ergebniß auf das Gemüth des Freiherrn zu berichten — das zeigt doch, daß die dramatische Technik des Frn. Bürger noch weiterer Ausbildung fähig ist.

Das neue Stück ermangelt jedoch nicht gewisser Vorzüge, von denen wir den als den wesentlichsten ansehen, daß der Autor es versucht hat, die Lösung eines ernsten, freilich für die Novelle geeigneter psychologischen Problems, soweit es durch die Mittel eines Lustspiels möglich ist, durchzuführen. Es ist dieses die Heilung der Melancholie des alten Frhrn. v. Hochdahl durch Adoption seiner Nichte Susanne. Die Art nun, wie dieses der Autor unternimmt, ist nicht ohne Geschick und unter Hervorkehrung mancher seiner psychologischenzüge vollführt. Wir rechnen hierher die große Scene zwischen Hochdahl und Susanne (im dritten Act), die

eine geschickte Dialogführung zeigt und einen recht graziösen Abschluß hat. Ueberhaupt ist der Dialog die starke Seite des Autors so sehr, daß er darin hier und da sogar zu weit geht. Er läßt seine Personen viel zu viel Erörterungen anstellen, die oft gar nicht zur Sache gehören und mit ihrer Länge die Wirkung der Situation oft abschwächen. Was er seine Personen sprechen läßt, ist zwar nicht sonderlich geistvoll; aber immerhin ist es die gewähltere Sprache unserer gebildeten Gesellschaft, die der Autor mit Natürlichkeit handhabt.

Wenn wir nun aus dem Obigen ein Facit zu ziehen versuchen, so finden wir in der gestrigen Vorstellung das Urtheil unsers Publikums, welches zwischen einer unbedingten Ablehnung und einer beifälligen Aufnahme der Novität schwankte, vollkommen gerechtfertigt. Fr. Bürger wird sich darüber trösten dürfen, da einzelnes wirklich die herzlichste Beistimmung der Zuschauer fand. Im übrigen ist unsere Theilnahme für seine weitere Production auch durch dieses neue Lustspiel gewedt.

Mit der Darstellung seines Stückes an unserm Stadttheater konnte der Autor vollkommen zufrieden sein. Die Hauptrollen befanden sich in den Händen des Frn. Johannes (Frhr. v. Hochdahl) und des Fr. Wessely (Susanne). Der vornehme, aber melancholische alte Freiherr konnte keine distinguirtere, in heitern Momenten jovialere Repräsentation finden als durch den genannten Darsteller. Dasselbe gilt von Fr. Wessely, welche im ersten und zweiten Acte ihre Susanne möglichst unbefangen, offen und heiter spielte. Die trefflich gespielte Scene des dritten Actes brachte

ihr allgemeinen Beifall. Frau Western hatte als Stephanie v. Lurgie wesentlich nur zu repräsentiren; doch geschah dies nicht ohne Distinction. Der Professor Hartlieb gestattete Frn. Senger nur wenig, aus einer gewissen gelehrten Reservirtheit herauszutreten. Der etwas excentrische Rechtsanwalt Lambert war durch Frn. Eichenwald nicht ohne Drolerie vertreten. Der Künstler wußte die mehr feltam als heiter angelegte Rolle durch einige verdere Zuthaten dem Gebiete des Komischen zu nähern. Fr. Eilmenreich vermochte seinem jugendlichen Helden der Feder Reinhold Günther nicht viel abzugewinnen, da selbst der Autor ihn durch nichts anderes als Schriftsteller qualifcirt, als daß er ihn ein dickes gelehrtes Buch schreiben läßt. Aus dem, was der Geliebte Susanne's spricht, kann man freilich auf seine Eigenschaft als Schriftsteller doch schwerlich schließen. Die übrigen Personen, wie das Olland'sche Ehepaar (Fr. Stödel und Fr. Forrest), Elsdorff (Fr. Stürmer) und die treffliche Frau Mundel (Frau Spitzeder) waren durch die genannten Darsteller und Darstellerinnen angemessen vertreten. Die Hauptdarsteller erhielten Beifall, der sich nach dem dritten Act auch für den Autor in einen Hervorruf verwandelte.

Der Breslauer Zeitung berichtet man aus Ratibor vom 14. Jan.: „In den Basaltsteinbrüchen bei Bieslau hat sich am Freitag zwischen 9—10 Uhr vormittags ein furchtbares Unglück durch Explosion von Dynamitpatronen ereignet, welchem mehrere Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Infolge des eingetretenen Schneeegebens mußten die Steinbrüche ihre Arbeit in einem der Steinbrüche verlassen und waren in das in der Nähe derselben

und Würde zuziehen, statt eine neue Stütze zu erlangen. Von diesem Gesichtspunkt aus werden sich allmählich auch die eifersüchtigsten — wenn sonst nur tüchtigen — Decernenten mit der vorgeschlagenen Institution befreunden.

× Berlin, 20. Jan. Durch die Welfen-Deputation, die sich zur Feier der Hochzeit des Herzogs von Cumberland nach Kopenhagen begeben hatte, und noch mehr durch deren Empfang am dortigen Hofe und im Auswärtigen Ministerium daselbst, ist dem Interesse des Herzogs auf keinen Fall gebient worden. An eine Erbfolge desselben im Herzogthum Braunschweig ist wol nicht mehr zu denken, wenn überhaupt daran jemals zu denken war, und die Rückgabe des Welfenfonds ist dadurch ebenfalls erschwert worden. Der junge Herzog ist von seiner Umgebung sehr übel berathen gewesen.

— Der Kölnischen Zeitung ging nachstehende Zuschrift des Oberlehrers Dr. H. Müller aus Lippstadt vom 18. Jan. zu:

Es dürfte den Lesern Ihres geschätzten Blattes vielleicht von einigem Interesse sein, zu erfahren, woher der Ingrimm rührt, mit welchem der Abg. v. Hammerstein und Genossen in den letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses gegen mich losgegangen sind. Offenbar hat derselbe in dem Umstande seinen Grund, daß kürzlich auch die letzten der Blätter, welche wegen Verleumdung gegen mich der Staatsanwaltschaft überwiesen worden waren, gerichtlich verurtheilt worden sind, nämlich die Schwertler Zeitung und der Reichsbote, sowie der Verfasser des incriminirten Reichsbotenartikels, der evangelische Pastor Kreseler. Unter dem Schutze der Redefreiheit des Abgeordnetenhauses hat nun der Abg. v. Hammerstein, wenn die mir vorliegenden Zeitungsnachrichten richtig sind, den hohen Muth gehabt, die gerichtlich verurtheilten Blätter in Verleumdungen gegen mich noch zu überbieten, und seine Genossen haben ihm wader assistirt. Wenn dieselben Herren ausserhalb der Kammer ihre Beschuldigungen gegen mich wiederholten, so würden sie natürlich das Schicksal ihres bereits verurtheilten Parteigenossen theilen.

— Der Vorstand des Landwirthschaftlichen Culturvereins des Kreises Bochum hat auch an den Fürsten Bismarck ein Schreiben gerichtet, worin er Dank für dessen Zollprogramm ausdrückt. Es heißt darin:

Wir Landwirthe sind weit davon entfernt und es würde ja auch unnatürlich sein, uns für hohe Schutzzölle zu begeistern. Aber eine mäßige Abgabe dem ausländischen Producenten und Fabrikanten auferlegen, die an den großen Lasten unsers Reiches keinen Theil haben, sondern lediglich die Ueberschneidung ihres Landes und die lohnende Arbeit ihrer Bevölkerung auf die bequemste Weise mittels des Handels in unser Land hineinführen, die Hunderttausende von nahrungsbedürftigen Menschen arbeitslos machen — das halten wir für eine praktisch richtige Handelspolitik, so sehr auch die gelehrten Volkswirthe ihre theoretischen Einwände dagegen erheben und im Bunde mit den Vertretern der ausländischen Interessen und mit den Hebern in den Geschäftskreisen Front machen gegen Ew. Durchlaucht Pläne. Es muß untersucht werden, ob eine Eingangsabgabe von 5 Proc. oder 10 Proc. oder darüber hinaus (!) zulässig, resp. ausserordentlich (!) ist, um einestheils zur Erleichterung der directen Steuern, andertheils zur Erhaltung großer und unentbehrlicher Industriezweige zu dienen, und ob dieselbe Finanzzoll oder Schutzzoll genannt wird, ob unsere gelehrten Volkswirthe darüber streiten, daß beide Zölle miteinander in Widerspruch stehen, das alles ist uns Landwirthen ganz gleichgültig.

Thüringische Staaten. J Aus Thüringen, 19. Jan. In den Hauptpersonalfragen für die künftige Gewichtsorganisation ist bei den thüringischen Regierungen nunmehr Entschliessung gefaßt worden.

befindliche Wächter- und Wohnhaus des Aufsehers eingetreten, um den Vorübergang des Unwetters in demselben abzuwarten. Die Arbeiter, der Aufseher und die Kinder des letzteren umgeben den Ofen, während die Hausfrau die Mahlzeit in demselben zubereitet. Da erdröhnt plötzlich eine furchtbare Detonation und gleichzeitig steigt der Ofen in tausend Stücke auseinander und das Haus selbst theilweise in die Luft. Todte und Lebende werden durcheinandergeworfen und wer von der Katastrophe unverletzt geblieben, steht wie angewurzelt am Boden, rath- und thatlos, ohne sich der großen Gefahr, in der er geschwebt, recht bewußt zu sein. Inzwischen waren rettende Hände aus dem nahen Dorfe herbeigekommen, um die Schwerverletzten aus den Trümmern des zerstörten Hauses hervorzuheben und in Sicherheit zu bringen. Und dann suchte man die Todten und die herumgestreuten Theile der Leichen. Getödtet sind sechs Personen, zehn Personen sind theils schwer, theils minder schwer verletzt, drei oder vier der Schwerverletzten werden voraussichtlich wol noch ihren Wunden erliegen. Einem Sohne des Grubenaufsehers sind Kopf und Arm vom Körper buchstäblich abgerissen und die Eingeweide blüßgelegt, und die Ehefrau des Aufsehers, die ebenfalls ihren Tod gefunden, ist bis zur Unkenntlichkeit verflümmelt.

— Durch die Zeitungen geht eben folgende Beachtungswürthe Mitteilung zur Warnung: „Der etwa 10 Jahre alte Sohn eines höhern Beamten verpflichte seit einiger Zeit heftige Schmerzen in der Junge. Die Schmerzen nahmen sehr bald zu, auch bildete sich an der Jungenspitze ein Geschwür, sobald das Kind — die ganze Mundhöhle war entzündet — kaum die notwendige Nahrung zu sich nehmen konnte. Leider waren die Aeltern des Knaben auf der Reise, und das Dienstmädchen achtete nicht weiter auf den Zustand des Kindes, sie hielt das Leiden des Kindes einfach für Schwämme. Da vor einigen Tagen erschien plötzlich der Hausarzt in der Wohnung, er war brieflich von den Aeltern gebeten worden, nach den Kindern zu sehen. Als das Dienstmädchen nun dem Arzt Mitteilung von dem Leiden des Kindes machte, untersuchte er dasselbe und fand

Das Reichsgericht in Leipzig wird aus Thüringen einen sehr bedeutenden juristischen Gelehrten erhalten, nämlich den Oberappellationsgerichtsrath Agricola in Jena, der bis zum vorigen Jahre Appellationsgerichtsrath in Eisenach war. Da der Präsident des Oberappellationsgerichts in Jena, Frhr. v. Kettelhohn, in den Ruhestand tritt, wird der Präsident des eisenacher Oberappellationsgerichts, Geheimrath Frhr. v. Egloffstein, Chef des jenaer Oberappellationsgerichts, an welchen Gerichtshof auch die meisten Räte der Appellationsgerichte zu Eisenach, Hildburghausen und Altenburg übergehen. Der Oberappellationsgerichtsrath Kommer in Jena wird daselbst als Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht bleiben, der seitherige Oberstaatsanwalt beim Appellationsgericht Eisenach, der auch als Generalstaatsanwalt beim Oberappellationsgericht fungirt, Berninger, ist zum Präsidenten des Landgerichts in Rudolstadt designirt; dasselbe umfaßt bekanntlich das Fürstenthum Rudolstadt, den preussischen Kreis Siegenrück und einen Theil von Meiningen.

Braunschweig. Aus den Motiven zum Regentenschaftsgesetz ist noch Folgendes hervorzuheben: Der Entwurf ist unter Ermächtigung Sr. Hoh. des Herzogs eingebracht und soll, ohne „berechtigzte Ansprüche“ in Betreff der Thronfolge zu berühren, dem Bedürfnisse und dem Rechte des Landes entsprechen, „welches vermöge seiner durch die Reichs- und Landesverfassung verbürgten staatlichen Selbständigkeit zunächst selbst dafür zu sorgen hat, daß die Functionen seines staatlichen Organismus nicht unterbrochen werden“. Die Landesregierung ist bei dem Entwurfe von folgenden Erwägungen geleitet worden: daß 1) der Fortführung der Landesverwaltung durch das Ministerium keine ausdrückliche gesetzliche Sanction zur Seite stehen würde; daß 2) nach höchster Wahrscheinlichkeit längere Zeit verstreichen wird, bevor der Regierungsantritt des Thronfolgers oder die Regentenschaftsübernahme durch einen Berechtigten erfolgt und in dieser Voraussetzung die Anordnung einer provisorischen Regentenschaft für die Zwischenzeit als ein ebenso unabweisbares wie zweckentsprechendes Auskunftsmitel sich darstellen würde; daß 3) dieses Auskunftsmitel nur ein interimistisches sein darf, und daß das Land, wenn selbst nach Ablauf eines Jahres seit der Thronerledigung der Regierungsantritt des Thronfolgers oder die Regentenschaftsübernahme durch einen Berechtigten nicht erfolgt sein würde, für eine Regentenschaft sorgen muß, die einen einheitlichen Regierungsgang verbürgt. Das Land ist zur Einsetzung einer Regierungsverweisung für befugt zu erachten nach §. 19 des Landesgrundgesetzes. Von weiterer Begründung des Entwurfes glaubt die Regierung absehen zu können und bemerkt nur noch, daß die Kosten für den Bedarf des Landesfürsten (nach dem Tode desselben) dem Regentenschaftsrathe überwiesen werden müssen, damit dieser den darauf lassenden Verbindlichkeiten gerecht werden und die Kosten der provisorischen Regentenschaft bestreiten könne.

Anhalt. A Dessau, 20. Jan. Der Rücktritt des bisherigen Hausministers des Herzogs, des Grafen Solms-Leddenburg, ist in unserer Residenz noch immer das Tagesereigniß, das selbst nach ein paar Wochen noch lebhaft besprochen wird und zahlreiche Gerüchte in Umlauf setzt. Kaum hat der seinerzeit in die anhaltischen Verhältnisse tief eingreifende Sturz des Ministeriums Parisch so viel Interesse erregt als dieser Ministerwechsel. Damals fand man die mitwirkenden Impulse im Landtage, jetzt sucht man sie in den Hofkreisen. Das Interesse an diesem Ereigniß wird dadurch noch gesteigert, daß, wie man annimmt, die Hoftheaterfrage infolge desselben in ein neues Stadium tritt. Nur durch die sehr reichen Subventionen des Herzogs ist dieses Theater zu seiner jetzigen künstlerischen Höhe und zu einem für das Emporblihen und Gedeihen der Residenz nicht un-

wichtigen Factor gemacht worden. Man wußte, daß der bisherige Hausminister auf eine wesentliche Beschränkung dieser Subventionen drang, und erwartet nun mit einiger Spannung, was in den neuen Verhältnissen, wo die Portefeuilles des Staats- und Hausministeriums vorläufig in den Händen des Ministers v. Krosigk vereinigt sind, geschehen wird. Auch zieht der nun bald zusammentretende, aus Neuwahlen hervorgegangene Landtag bereits die Aufmerksamkeit einigermaßen auf sich. Man hofft unter anderm, daß Anhalt, dessen Schulwesen sonst musterhaft geregelt ist, endlich auch eine Realschule I. Ordnung erhalten werde.

Baiern. Der augsburger Allgemeinen Zeitung berichtet man aus München vom 18. Jan.: „Wie man als zuverlässig annimmt, ist die Einberufung des Reichstages auf den 12. Febr. zu erwarten. In einer heute stattgehabten Versammlung eines größern Theiles unserer liberalgesinnten Abgeordneten wurde beschlossen, einen Antrag an die Kammer zu richten, dahin gehend: dieselbe wolle an Se. Maj. den König die Bitte richten, es möchten die Vertreter Baierns im Bundesrathe dahin instruiert werden, sich dem Gesetzentwurfe bezüglich der Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder gegenüber ablehnend zu verhalten. Der Antrag nimmt, wie ich noch höre, Bezug auf Art. 27 der Reichsverfassung, nach welchem der Reichstag seinen Geschäftsgang und seine Disciplin durch eine Geschäftsordnung regelt.“

Württemberg. Der Schwäbische Merkur berichtet aus Stuttgart vom 15. Jan. über einen Vortrag des Handelschuldirectors Dr. Köhlich über das Finanz- und Zollprogramm des Fürsten Bismarck vom 15. Dec.:

Schutzoll und Freihandel bildeten den Ausgangspunkt des Redners; beide, sagte er, sind uralt, von jeher war der Kaufmann Freihändler, der Fabrikant Schutzöllner. Geschichtlich interessant war die Bemerkung, daß schon unter Kaiser Karl V. der Vorschlag gemacht worden sei, das ganze Deutsche Reich mit einer einzigen Zollgrenze zu umgeben und auf alle von auswärts eingehenden Güter eine Steuer von 4 Proc. zu legen; aber keine Hand scheint sich geregt zu haben, den Vorschlag ins Werk zu setzen; das Fahrzeug hätte wol gedroht umzuschlagen, wenn etwas anderes sich herbeigedrängt hätte als leere Schatten. Mit Anerkennung wurde des Frhrn. v. Stein gedacht und der Anregung, die seine mit großer Einsicht und Sachkenntnis geplanten Entwürfe gaben; dann wurde die seit 1818 von Preußen consequent verfolgte Zollpolitik, die zum Zollverein führte, besprochen und ein kleiner Stillstand bei Friedrich list gemacht, dem Manne, der vor allem die nationale Einheit Deutschlands erstrebte und den Zollverein nur als den Weg zu diesem Ziel ansah, nach dessen Erreichung der Freihandel hätte zur Geltung kommen sollen. Hieraus wurde das Bismarck'sche Programm Punkt für Punkt vorgenommen und daran eine große Menge erläuternder Bemerkungen und statistischer Daten geknüpft. Der Redner bemerkte entgegen der Bismarck'schen Ansicht, daß die indirecten Steuern weniger drückend seien, die directe Steuer, die klar und durchsichtig und in ihren Wirkungen leicht zu überschauen sei, während Verbrauchssteuern in ihren Folgen nicht so leicht zu erkennen seien und in Wirklichkeit gerade auf die ärmern Klassen am empfindlichsten drücken, deren Coniunctionskraft dadurch geschwächt werde, was dann wieder verberblich auf die Producenten wirke. Die Wäfsigung, die sich der Reichstanzler auf dem eingeschlagenen Wege auferlege, der eben wegen der dem Reiche notwendigen 70 Mill. M. Einkünfte betreten wurde, ward übrigens anerkannt.

Baden. † Aus Gaden, 17. Jan. Wie berichtet wird, hat sich in Manheim behufs Abwehr der

ein gut Stück enthält. Wie meinen Guklow's „Rückblicke auf mein Leben“, welche, auf Veranstaltung des Allgemeinen Vereins für Deutsche Literatur, 1875 bei A. Hofmann u. Comp. in Berlin erschienen. Sie umfassen Guklow's Leben von 1829—49 und damit zugleich eine hochinteressante Partie unserer literarischen und auch politischen Zeitgeschichte.

— Der Süddeutsche Reichspost wird aus Württemberg folgendes ergötzliche Geschichtchen mitgetheilt: „Auf einem Dorfschen in der Nähe von Ludwigsburg erhielt in den Christfesttagen ein Hausvater ein Kistchen. Es kam ihm verdächtig vor, und er fürchtete den Schurkenstreich eines, der ein geladenes Terzerol oder eine Dynamitpatrone hineingelegt habe. Er legt das Kistchen zuerst in die Mitte seines Hofes und bearbeitet es mit einer Baumhülse, später warf er es auf den Rath seines Nachbarn zum Fenster in den Hof herab. Und siehe da, es fiel ein frisch geschlossener Kasten und eine in viele Stücke zerfallene Petroleumlampe aus dem zerschmetterten Kistchen! Ein Briefchen von der Schwiegermutter lag daneben, mit welchem die letztere freundlich ihr Weihnachtsgeschenk begleitete.“

— Aus Brüssel vom 19. Jan. wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „Der um 5 Uhr 20 Min. von hier nach Tournay, Lille und Calais abgefertigte Expresszug ist, vermutlich infolge des Bruches einer Schiene, entgleist. Der Maschinenführer wurde sofort getödtet und der Heizer schwer verletzt. Von den Passagieren blieb einer auf der Stelle todt, ein anderer starb an den erlittenen Verletzungen. Dem Baron d'Agimont wurden beide Beine und dem Baron du Sart ein Bein zerbrochen. Sonst erlitten noch einige andere Personen leichtere Verletzungen.“

— Der wiener Eislaufverein hat für nächsten Winter die Abhaltung eines internationalen Schestages in Wien mit Preiskunst- und Wettlaufen, an welchem sich dann ein großartiges Costümfest anschließen würde, in Aussicht genommen.

zu seinem Entfegen, daß die Junge des Kindes bereits mit einem krebhartigen Geschwür behaftet war, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Krebs bereits hier vorlag. Er ließ die Aeltern des kranken Knaben sofort nach Berlin kommen. Bei näherer Untersuchung ergab es sich, daß der Knabe die Gewohnheit hatte, trotzdem die Aeltern es ihm häufig unterlag hatten, beim Anfertigen seiner Schularbeiten die mit Tinte getränkte Feder, hat an dem Tintenwässer zu reinigen, anzuklecken. Durch die Tinte allein kann die Junge des Kindes erkrankt sein. Sein Zustand ist vollständig hoffnungslos, und ist der Tod des Knaben, welcher die furchtbaren Schmerzen auszuhalten hat, flüchtig zu erwarten.“

— Eine, wenn sie sich bewahrheitet, höchst interessante Thatsache wird von der Berliner Börzen-Zeitung berichtet. Es handelt sich um eine große Anzahl verloren geglaubter musikalischer Werke Johann Sebastian Bach's, welche in den letzten Tagen aufgefunden worden sind. Dr. Frank, der Herausgeber der Bach'schen Werke, entdeckte auf der Besichtigung der Familie Böhnum eine auf dem Boden des Hauses befindliche Kiste, welche 120 Violinsonaten Johann Sebastian Bach's enthielt. Die Freunde über den glücklichen Fund wurde durch den Umständen getrübt, daß die Passionsmusiken nach Marcus und Lucas sowie verschiedene Weihnachtsoratorien wahrscheinlich für immer verloren sind, da der Gärtner der Familie Böhnum, in Unkenntnis des Wertes der Noten, dieselben seit geraumer Zeit als Schutzhüllen für die jungen Bäume an Stelle von Lappen oder Leder verwendete. Die nächste Zeit wird wol lehren, ob wirklich die Originale der genannten Werke gefunden worden sind.

— Nachdem Karl Guklow's verfrühter Tod das Andenken an seine vielen Verdienste als Dichter und Schriftsteller sowie an seine persönlichen Berührungen, Erfahrungen und Betrachtungen wieder ausgefrischt hat, mag es an der Zeit sein, an ein Werk zu erinnern, worin namentlich diese letztern niedergelegt sind; welches aber in seiner eigenartigen Form auch von dem Dichter und Schriftsteller Guklow

Bestrebun...
Handel...
eine Anz...
Handel u...
verbanken...
der freien...
freien Be...
Landtag...
wurft, die...
der Städ...
betreffend...
sich um d...
Belastung...
im Entw...
bürger zu...
aber von...
geschlossen...
zur Einfü...
folge wird...
wendig w...
14 Präsi...
14 Land...
74 Räte...
und 53 C...
Elsa...
Rückficht...
über die...
der Ober...
denen Zel...
darauf hin...
daß die...
Rückficht...
auch, daß...
zusammen...
missionen...
Bürgermei...
im Verh...
Oberpräsi...
Director...
Mission, er...
ernannt w...
Bezug auf...
schulen ein...
daß jeder...
Aufstellung...
Ein in Bil...
verfolgt de...
tanischen...
jede höhere...
einem m...
Landes zu...
— Durch...
der Land...
am 23. J...
Der...
aus Wien...
noch jezt...
nach oben...
diese Leute...
der Kaiser...
stern abzu...
Lissa-Dob...
Aus M...
Spanien...
kanst haben...
Bedeutung...
Einvernehm...
revolutionär...
von Don...
tugieffschen...
tionären P...
nicht. Die...
— In der...
Italie gene...
der Caval...
eine Verfa...
regimenter...
faßt wurde...
die Privileg...
kralische Co...
director der...
den Oberste...
dem Könige...
corte, Herz...
folgende drei...
valerie nicht...
„praktische...
auf verator...
Cavalerie n...
als Offiziere...
im Falle b...
geben und b...
commanden...
werden. De

Bestrebungen der Schutzkölner und zur Förderung der Handelsfreiheit ein Verein gebildet, dem bereits eine Anzahl der bedeutendsten Firmen beigetreten ist. Handel und Industrie dieser Stadt und Umgegend verdanken allerdings ihre Blüte zum größten Theil der freien Handelsbewegung; besonders für den dort hochentwickelten Getreidehandel ist die Erhaltung des freien Verkehrs geradezu eine Lebensfrage. — Unser Landtag verhandelt gegenwärtig über den Gesetzentwurf, die Aufbringung des Gemeindeaufwandes in den der Städteordnung nicht unterstehenden Gemeinden betreffend. Die sehr lebhaften Discussionen drehen sich um den §. 10 des Entwurfs, welchen eine höhere Belastung des Almendgutes verlangt; ferner über die im Entwurf enthaltene Inconsequenz, wonach Nichtbürger zwar zur Gemeindesteuer beigezogen werden, aber von den höhern Rechten (Wahlrecht u.) ausgeschlossen bleiben sollen. — Einen Nachtragsentwurf zur Einführung der deutschen Justizgesetze zufolge wird ein Mehraufwand von 53020 M. nothwendig werden. Wir erhalten 1 Oberlandesgericht mit 1 Präsidenten, 2 Senatspräsidenten und 17 Räten, 14 Landgerichte mit zusammen 17 Directoren und 74 Räten, ferner 57 Amtsgerichte mit 78 Richtern und 53 Gerichtsnotare.

Elfaß-Lothringen. † Straßburg, 17. Jan. Rückfichtlich der vor kurzem erlassenen Verordnung über die Errichtung von Schulcommissionen hat der Oberpräsident an die Directoren u. der verschiedenen Lehranstalten ein Schreiben gerichtet, worin darauf hingewiesen ist, wie es wünschenswerth erscheine, daß bei den betreffenden Vorschlägen hauptsächlich Rücksicht auf „geizigste Elfaßer“ genommen, jedoch auch, daß keine Commission aus lauter Einheimischen zusammengesetzt werde. Den Vorsitz in diesen Commissionen führt ein Regierungscommissar, nicht der Bürgermeister. Letzterer ist Mitglied, seine Vertretung im Verhinderungsfalle kann jedoch nur durch eine vom Oberpräsidenten ernannte Persönlichkeit geschehen. Der Director einer Schule ist nicht Mitglied der Commission, er kann jedoch als Regierungscommissar dazu ernannt werden. — Vom 1. April d. J. ab tritt in Bezug auf die Besoldung der Lehrer an Mittelschulen eine neue Rangordnung und zwar dahin ein, daß jeder Lehrer, ohne Rücksicht auf den Ort seiner Anstellung, die höchste Gehaltsklasse erreichen kann. — Ein in Bildung begriffener „Botanischer Verein“ verfolgt den Zweck, Anregung zu einer speciellen botanischen Erforschung des Reichslandes zu geben und jede höhere Schule des Landes im Laufe der Zeit mit einem möglichst vollständigen Herbarium des Reichslandes zu versehen.

— Durch kaiserliche Verordnung vom 17. Jan. ist der Landesauschuß für Elfaß-Lothringen berufen, am 23. Jan. in Straßburg zusammenzutreten.

Österreich-Ungarn.

Der Neuen Preussischen Zeitung schreibt man aus Wien vom 17. Jan.: „Manche Leute behaupten noch jetzt, daß die Stellung des Grafen Andrássy nach oben hin stark erschüttert sei. Vielleicht werden diese Leute anderer Meinung, wenn sie erfahren, daß der Kaiser, ohne den üblichen Glückwunsch des Ministers abzuwarten, demselben seinen Neujahrswunsch nach Tisza-Dob gesendet hat.“

Spanien.

Aus Madrid wird gemeldet, daß die Könige von Spanien und Portugal demnächst eine Zusammenkunft haben werden, der man eine gewisse politische Bedeutung beilegt, indem sie dazu beitragen soll, das Einvernehmen der Regierungen in Bekämpfung der revolutionären Parteien zu befestigen. Die Begegnung von Don Alfonso mit Dom Luis findet in dem portugiesischen Grenzstädtchen Evos statt. An revolutionären Parteien fehlt es bekanntlich in Spanien nicht. Die größte Sorge macht immer das Militär.

— In der spanischen Armee hat sich, wie der Italia gemeldet wird, ein schwerer Conflict zwischen der Cavalerie und der Artillerie erhoben. Es hat eine Versammlung der Obersten fast aller Cavalerieregimenter stattgefunden, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, dem Könige einen Collectivprotest gegen die Privilegien zu überreichen, deren sich das aristokratische Corps der Artillerie erfreut. Der Generaldirector der Armee macht gemeinschaftliche Sache mit den Obersten der Regimenter. Dieser Protest wurde dem Könige durch den Obersten und Chef seiner Escorte, Herzog v. Ahumada, übergeben und enthält folgende drei formelle Erklärungen: 1) Daß die Cavalerie nicht mehr die Bestimmung ihrer Offiziere als „praktische Offiziere“ bei der Artillerie zugibt, wo sie auf veratorische Art behandelt werden; 2) daß die Cavalerie nicht mehr die Unteroffiziere der Artillerie als Offiziere in ihre Reihen aufnehmen will; 3) daß, im Falle die Regierung ihnen keine Genugthuung geben und beabsichtigen sollte, ihnen ihre Regimentscommanden zu nehmen, sie dieselben nicht abgeben werden. Der König erwiderte dem Herzog v. Ahu-

mada, es werde sich schon alles ordnen lassen; aber es scheint, daß die Regierung nach einigem Zögern diesem Acte der Insubordination gegenüber schließlich nachgeben werde.

Frankreich.

* Paris, 19. Jan. Die République française setzt ihre Angriffe auf das Programm der Regierung fort. „Die Regierung“, sagt sie, „welche auf eine Mehrheit rechnet, um sich mit ihr bei einer Politik des Hinausschiebens, die täuschend einer Politik des Widerstandes ähnlich sieht, zu compromittiren; die Regierung, welche verlangt, man solle die von ihr selbst gegen den Wunsch der Nation gewählte Leitung der Leitung vorziehen, welche Frankreich andeutete; die Regierung, welche durch ihr Schwanken selbst und bald durch ihre Unthätigkeit, bald durch ihren Widerstand sehen läßt, daß das wählende Frankreich sich vergeblich mit einer wachsenden Energie und Festigkeit an ihre Urtheilskraft wendet — die Regierung irrt sich, wenn sie glaubt, sie habe eine Mehrheit, um sie zu unterstützen. Auf den Ruf Frankreichs mußte man vorwärts gehen. Man blieb unbeweglich, man richtete sich zu Grunde.“

— Aus Paris vom 20. Jan. wird der Königlich-Preussischen Zeitung berichtet: „Die Royalistenversammlung war von 1200 Personen besucht; Vicomte Aboville führte den Vorsitz. Der Avocat Dubois hielt eine Rede, um darzutun, daß der König bald kommen werde. Graf Beaurepaire lud die Versammlung ein, sich am 21. d. M. morgens in der Sühnungskapelle einzufinden. Dann folgte die Verlesung einer Adresse an den Präsidenten und deren Genehmigung unter dem Rufe: „Es lebe der König!““

Großbritannien.

† London, 19. Jan. Dem Globe wird über das Plagen des 38-Tonnen-Geschützes auf dem Thunder aus Konstantinopel folgendes berichtet: „Die Ladung, die das Plagen des Geschützes verursachte, war bereits einmal wieder herausgeholt worden, da einige Unregelmäßigkeit beim Hineinschieben derselben bemerkt ward. Das zweite mal ward sie vermittels des hydraulischen Kammers hineingetrieben. Das zerstörte möglicherweise die Züge. Als das Abfeuern stattfand, ward der Kopf des Geschützes abgerissen, genau, wo der Anschluß am Rohre ist, und mit dem Geschosse in das Meer hinausgeschleudert. Es wird angenommen, daß die Ladung, die sich nicht in die Züge einzwängte, bei dem innern Mantel des Rohres Widerstand fand und alles mit sich forttrieb. Die Erschütterung löschte jedes Licht im Schiffe aus, so daß, als der Kapitän signalisirte „Stopp das Schiff“, niemand im Maschinenraume das Signal lesen konnte. Die Scene, die nun folgte, kann man sich besser vorstellen als beschreiben. Jedermann auf der Geschützplattform war getödtet, ausgenommen der Geschützmaat, der mit dem Oberkörper aus der andern Backbordlücke lehnte; sein Oberkörper ist unverletzt, aber der Unterkörper ist so stark verbrannt, daß keine Hoffnung auf Genesung da ist. Die im untern Theile des Geschützturmes verwendeten Leute sind meist verbrannt. Der Marineoffizier Deal ward einfach durch die Erschütterung getödtet.“

Türkei.

□ Konstantinopel, 13. Jan. Ueberwiegend nimmt man an, daß die über den definitiven Friedensvertrag zwischen der diesseitigen und der russischen Regierung schwebenden Unterhandlungen demnächst zum Abschlusse gelangen und dann die Unterzeichnung sofort stattfinden wird. Dieses Resultat würde schon erreicht worden sein, wenn nicht Rückfragen fast in Betreff eines jeden einzelnen Punktes in Petersburg hätten gemacht werden müssen. Der über Odeffa laufende Telegraphenstrang befand sich in den beiden letzten Wochen aus diesem Anlasse mit amtlichen Depeschen andauernd überhäuft. — Ueber die eventuelle Besetzung Dstrumeliens durch ein gemischtes europäisches Corps, zu dem die Hauptcontingente von Belgien und Schweden zu stellen sein würden, laufen heute immer noch Gerüchte um, denen man aber nur ein bedingtes Vertrauen schenken darf; namentlich ist es ungewiß, wie die Pforte sich zu dem bezüglichen Vorschlage gestellt hat. Dieselbe Ungewißheit besteht über die Angelegenheit der endlichen Uebergabe der Festung Podgoriza an die Montenegriner fort. In dieser Hinsicht ist bemerkt worden, daß neulich die Fregatte Selimie mit Truppen nach dem Adriatischen Meere expedit worden ist. Ganz ohne Nachrichten sind wir momentan über den Stand der griechisch-türkischen Grenzrectificationsangelegenheit. Man glaubt, daß eine Verständigung zwischen beiden Theilen nach sehr bedeutenden Schwierigkeiten unterliegen werde. — Zu den Neuigkeiten des Tages gehört der Tod des ehemaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Halil-Scherif-Pascha; derselbe war seit längerer Zeit bereits geistesgestört.

Königreich Sachsen.

† Dresden, 20. Jan. Am 18. Jan., dem Jahrestage der Kaiserproclamation, hielt der hiesige Reichsverein wie alljährlich seine Jahresversammlung ab. Nach Vorlage der Geschäfts- und Cassenberichte für das Jahr 1878 und der Neuwahl des Ausschusses ergriff Oberlehrer Helm das Wort zur Festrede:

Derselbe gab zunächst der Freude darüber Ausdruck, daß dem Deutschen Reiche der Friede gewahrt und ihm sein Kaiser und sein Kanzler erhalten geblieben seien. Dieran anschließend gedachte Redner aber auch der Trauer, mit welcher diese Freude durch die verbrecherischen Attentate vermischt worden ist und wie die Feinde des Reiches ihren Haß gegen dasselbe immer offener zu Tage getragen haben. Wel sei diese Gefahr von der Reichsregierung und dem Reichstage erkannt und Abhilfe geschafft worden, über die Ausdehnung der Mittel dazu habe jedoch wenig Uebereinstimmung geherrscht. Diese Erscheinung wiederholte sich jetzt gegenüber dem Gesetzentwurf über die Disciplinargewalt des Reichstages, welcher allerdings bedeutliche Beschränkungen der Redefreiheit enthalte. Auf die gewerblichen Verhältnisse zu sprechen kommend, meinte Redner, daß die von dem Reichstanzler in Aussicht gestellten Maßregeln auf dem wirtschaftlichen Gebiete, indem sie einen vollständigen Bruch mit den bestehenden Zuständen einschließen, verwirren und deshalb unheilvoll wirken müßten. Nach dem tiefen Sturz Preußens im Jahre 1806 habe man die Rettung nicht in einer Reaction, sondern in liberalen Maßregeln gesucht und gefunden, im Jahre 1878 hätten wir ein zweites Jena erlebt. Was uns noththue, sei Reform, nicht Reaction. Der Liberalismus gebe sich keineswegs auf, wenn er an der Herstellung der Ordnung arbeite; fehle es dem Volke an der sittlichen Kraft, von der Freiheit den rechten Gebrauch zu machen, so müsse man sich eben zu Beschränkungen der Freiheit entschließen. Zu verwerfen sei das Manchesterthum, das die sittlichen Forderungen unberücksichtigt lasse (?); habe doch Adam Smith, auf den die Manchestermänner sich so gern berufen, selbst gesagt, daß die Gerechtigkeit zwischen dem Interesse und der Sympathie vermitteln müsse. Gesetze langten jedoch nicht aus, die Gemeinde und der Einzelne müßten zur Verbesserung der Verhältnisse des Gewerbestandes beitragen. Leider fehle aber den Gewerbetreibenden vielfach das Verständniß für diese Selbsthilfe, und wenn der Minister Raybach in einem Erlaß die Bedeutung der gewerblichen Ehre hervorgehoben habe, so sei auch hierin wenig Entgegenkommen zu bemerken gewesen. Redner hob sodann die Nothwendigkeit der gewerblichen Verbände hervor und erwähnte die Thatsache, daß im Regierungsbezirk Düsseldorf, wo die Socialdemokratie sehr ausgebreitet sei, das Verlangen gestellt worden sei, daß ihren Kindern Arbeit gegeben werde. Hier sei ein großes Feld vorhanden, die Arbeiter zu rufen zu stellen, man solle diese nicht entgelten lassen, was die Agitatoren verschuldet. Redner warnte ferner vor dem reactionären Ruf, daß die Wissenschaft unfeindlich müsse; wenn infolge von Halbbildung in der freien Forschung auch eine Gefahr liege, so dürfe man deswegen noch nicht die Fackel der Wissenschaft wegwerfen. Steis möge dabei aber auch die Wahrheit beherzigt werden, daß Tüchtigkeit des Charakters höher stehe als der Besitz vieler Kenntnisse. Schließlich nochmals auf die Umsturzbestrebungen der Socialdemokraten zu sprechen kommend, sprach Redner die Hoffnung aus, daß, wenn der Kampf gegen die Socialdemokraten siegreich beendeten werde, wie mit Zuversicht erwartet werden könne, Deutschland dadurch Anspruch auf der ganzen gebildeten Welt habe. Die national-liberale Partei könne aber mit Stolz von sich sagen, daß sie vor allen berufen sei, dem Vaterland in diesem Kampfe ihre Dienste zu weihen.

Aus dem obenerwähnten Geschäftsbericht des Reichsvereins geht hervor, daß derselbe sein bisheriges Vereinslocal in der Moritzstraße verlassen und ein billigeres Unterkommen zu suchen beabsichtigt. Der Verein hat im verflossenen Vereinsjahre sieben größere Versammlungen und außerdem eine größere Anzahl Ausschusssitzungen abgehalten. Der Patriotismus der Mitglieder hat sich wieder glänzend bewährt, indem dieselben 4304 M. spendeten, mit denen unter Hinzuziehung von 1717 M. aus den regelmäßigen Einnahmen (10768 M.) sämtliche Reichstagswahlkosten gedeckt wurden.

— Die Dresdner Nachrichten schreiben: „Es bestätigt sich, daß die königlich sächsische Regierung im Bundesrathe gegen das Tabakmonopol stimmen wird. Angeblich soll dieselbe früher dem Monopol nicht abgeneigt gewesen sein, seit dem Ausfall der Enquête aber sei in dieser Ansicht ein vollständiger Umschwung eingetreten und die sächsische Regierung jetzt fest entschlossen, nur einer Tabaksteuer zuzustimmen, welche die Erhaltung der Tabakindustrie ermöglicht. Welche Bedeutung für Sachsen diese Industrie hat, geht wol am besten daraus hervor, daß in diesem Staat jährlich Tabakfabrikate im Werthe von rund 24 Mill. M., d. h. fast 10 Proc. von der Fabrication im gesammten Deutschland, hergestellt werden. Soviel wir wissen, haben außer den volkswirtschaftlichen auch hochernste politische Gründe von Haus aus unsere Regierung abhalten, sich mit dem Monopol zu befreundend.“

— Die National-Liberale Correspondenz berichtet unterm 20. Jan.: „Wie bereits mitgetheilt, hat in dem Beileidigungsproceß des sächsischen Kriegsministeriums gegen die National-Liberale Correspondenz die Verteidigung den ehemaligen sächsischen Premierlieutenant, jetzigen Director des sächsischen Statistischen Bureau in Leipzig, Haffe, als Zeugen vorgeschlagen. Eine leipziger Correspondenz der in Dresden erscheinenden Neuen Reichszeitung bezieht sich nun, den Verdacht anzudeuten, daß Dr. Haffe der Urheber der in der National-Liberalen Correspondenz erschienenen Artikel über sächsische Militärverhältnisse,

Leipziger Börse.

21. Jan.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, and Warschau.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and funds with columns for title, interest rate, and price.

Table listing various stocks and shares with columns for company name, price, and other details.

Eisenbahn-St.-Pr.-Action.

Table listing railway stocks and shares with columns for company name, price, and other details.

Bank- u. Credit-Action.

Table listing bank and credit stocks with columns for company name, price, and other details.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table listing industrial stocks and bonds with columns for company name, price, and other details.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign funds with columns for title, interest rate, and price.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds with columns for title, interest rate, and price.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing foreign railway bonds with columns for title, interest rate, and price.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table listing coal stocks and bonds with columns for title, interest rate, and price.

Bank-Disconto.

Table listing bank discount rates for various locations.

Sorten.

Table listing various types of bonds and securities with columns for title and price.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing railway stocks with columns for company name, price, and other details.

Bank-Disconto.

Table listing bank discount rates for various locations.

Sorten.

Table listing various types of bonds and securities with columns for title and price.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing railway stocks with columns for company name, price, and other details.

Bank-Disconto.

Table listing bank discount rates for various locations.

Sorten.

Table listing various types of bonds and securities with columns for title and price.

Zu keiner Bibliothek sollte das anerkannt wertvolle Buch „Dr. Wirtz's Naturheilsmethode“ fehlen. Dasselbe ist in dringenden Krankheitsfällen ein getreuer und hilfreicher Rathgeber und hat sich wie aus den beigedruckten Attesten hervorgeht tausendfach bewährt. Preis 1 Mark 20 Pf. Franco zu beziehen durch Richter's Verlags-Anstalt, Leipzig.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig. Neues Theater. Mittwoch, 22. Jan. Kohengrin. Romantische Oper in 3 Acten von Richard Wagner. (22. Abonnem.-Vorst.) Altes Theater. Mittwoch, 22. Jan. Die Adoptiven. Lustspiel in 4 Acten von Hugo Bürger.



Wir führen Wissen.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Rathgeber für Gesundheits- und Krankenpflege.

Von Florence Nightingale.

Zweite Auflage, nach der letzten Ausgabe des englischen Originals neu bearbeitet und mit Anmerkungen versehen von

Dr. Paul Niemeyer, Docent der Hygiene an der Universität Leipzig.

Mrs Nightingale's anerkannt treffliches Buch wurde in der vorliegenden zweiten Auflage von Dr. Niemeyer, einem der namhaftesten Vorkämpfer der populären Richtung in der Hygiene, im Einverständnis mit der Verfasserin neu bearbeitet und ist dadurch noch brauchbarer für die deutsche Lesewelt geworden. Krankenschwestern und solche, die sich dazu ausbilden wollen, ertheilt die Schrift unerschöpfliche, nirgends sonst zu findende Anweisungen und Rathschläge, sie verdient aber auch einen Platz in jeder Hausbibliothek.

Patentirte Centrifugaltrockenmaschinen Moritz Jahr in Gera.

in verschiedenen Größen empfiehlt unter Garantie zu billigen Preisen die Maschinenbauanstalt und Eisengießerei von

Adolf Steiner, Hamburg, Annoncen-Expedition, empfiehlt sich zur Annahme von Anzeigen in allen Zeitungen.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Lehrbuch der jüdischen Geschichte und Literatur.

Von David Cassel.

8. Geh. 10 M. Geb. 11 M. 50 Pf.

Seinem bereits in fünfter Auflage erschienenen „Leitfaden für den Unterricht in der jüdischen Geschichte und Literatur“ läßt der Verfasser das vorliegende „Lehrbuch“ folgen, welches den Stoff weiter ausführt und ergänzt, sowie ein reichhaltiges Quellenmaterial nachweist. Das Werk ist zunächst für den Schulgebrauch bestimmt, überhaupt aber jedem zu empfehlen, der sich über jüdische Geschichte und Literatur belehren will.

Vierzehntes Abonnement-Concert im Saale des Gewandhauses zu Leipzig

Donnerstag, den 23. Januar 1879.

Erster Theil. Ouverture zu „Coriolan“ von Beethoven. — Arie aus „Acis und Galathea“ von Händel, gesungen von Herrn Joseph Staudigl, Grossherzoglich Badischem Kammeränger aus Karlsruhe. — Concert für Violoncell von Schumann, vorgetragen von Herrn Robert Hausmann aus Berlin. — Lieder von Franz Schubert, gesungen von Herrn Staudigl: a) Fahrt zum Hades; b) Aufenthalt. — Arioso, Gavotte und Scherzo für Violoncell von Karl Reinecke, vorgetragen von Herrn Hausmann.

Zweiter Theil. Symphonie dramatique von Anton Rubinstein.

Billets à 3 M., Sperrsitze à 4 M., sind im Bureau der Concert-Direction und am Haupteingange des Saales zu haben.

Einlass um 6 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Das 15. Abonnement-Concert (zum Besten der hiesigen Armen) findet Donnerstag, den 30. Januar 1879 statt.

Eintrittskarten zur Hauptprobe, welche Mittwoch, den 22. Januar, Vormittag 9 Uhr stattfindet, sind à 2 M. am Eingange des Saales zu haben.

Die Concert-Direction.

Leipziger Tageskalender vom 22. Januar.

Eisenbahnfahrten.

Sächsischer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Gera. Abf. Leipzig, 4, 50 (Erlg. Gf.), 5, 6, 35 (Erlg. Gf.), 4, 50 (Erlg. Gf.), 5, 6, 35 (Erlg. Gf.), 4, 50 (Erlg. Gf.), 5, 6, 35 (Erlg. Gf.).

Borna-Ghemmitz. Abf. Bg. 5, 45 (Annaberg, Weitz, Rie, Salzdorf, Freiberg), 11, 20 (Annaberg, Weitz, Rie, Salzdorf, Freiberg), 11, 20 (Annaberg, Weitz, Rie, Salzdorf, Freiberg).

Berliner Bahnhof. Nach Berlin: Abf. Bg. 4, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.).

Dresdener Bahnhof. (Via Meisa.) Abf. Bg. 5, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.).

Gewandhaus-Bahnhof. Retibus, Guben, Döbeln, Sorau. Abf. Bg. 5, 35, 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.).

Magdeburger Bahnhof. Abf. Bg. 4, 15 (Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Hannover), 7 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.), 10, 10 (Erlg., 1. u. 2. Kl.).

Thüringischer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Gera. Abf. Leipzig, 4, 50 (Erlg. Gf.), 5, 6, 35 (Erlg. Gf.), 4, 50 (Erlg. Gf.), 5, 6, 35 (Erlg. Gf.).

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Trüb-Nachtigal

von Friedrich Spe.

Mit Einleitung und Anmerkungen

herausgegeben von Gustav Balke.

(Deutsche Dichter des 17. Jahrhunderts, 13. Band.)

8. Geh. 3 M. 50 Pf. Geb. 4 M. 50 Pf.

Die unter dem Titel „Trüb-Nachtigal, oder Geistliches Poetisch Lustwäldlein“ dem Jesuitenpater Friedrich von Spe verfaßten Gedichte nehmen in der poetischen Literatur des 17. Jahrhunderts eine sehr beachtenswerthe Stelle ein. Durch vorliegende neue, mit ausführlicher Einleitung und erklärenden Anmerkungen versehene Ausgabe werden dieselben alten Literaturfreunden wieder nahe gebracht.

Central-Annoncen-Bureau der Deutschen Zeitungen.

Berlin W., Mohrenstraße Nr. 45, im Hause der Versicherung. Act. Ges. „Victoria“.

Unser Zeitungsverzeichnis ist soeben

neuen Nachtrag

verbollständigt worden und steht den geehrten Inserenten gratis u. franco zu Diensten.

Wir befordern

„Annoncen“

an sämtliche hiesige und auswärtige Zeitungen, Zeitschriften pp. bei unparteiischer Auswahl der Blätter unter Garantie der gewissenhaftesten Berechnung. Voranschläge gratis.



Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Das Weib.

Philosophische Briefe über dessen Wesen und Verhältniß zum Manne.

Von Emerich du Mont.

8. Geh. 6 M. Geb. 7 M. 50 Pf.

Der Verfasser des mit vielem Beifall aufgenommenen Buchs „Der Fortschritt im Lichte der Lehren Schopenhauer's und Darwin's“ bietet mit vorliegendem Werke einen Cylindus von Briefen, welche ein „stereoskopisches“ Bild vom Wesen des Weibes im Vergleich zu dem des Mannes entwerfen und geistvolle, vieles Neue enthaltende Betrachtungen über Liebe und Ehe daran knüpfen. Weibliche wie männliche Leser werden den originellen und höchst anregenden Excursen mit gespanntem Interesse folgen.

Bibliotheken: Universitäts-Bibliothek 11-1 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 10-1 Uhr. Stadt-Bibliothek 2-4 Uhr. Volksbibliothek I. (4. Bürgerstr.) 7-9 Uhr. Städtisches Museum 10-4 Uhr (freier Eintritt).

Biologisches Museum im Augusteum (jeden Mittwoch u. Sonnabend) 10-12 Uhr. **Archäologisches Museum**, Fredericianum an der ersten Bürgerstraße, 10-12 Uhr. **Kunst-Gewerbe-Museum** und **Vorbildersammlung für Kunstgewerbe**, Thomaskirchhof 20, Sonntag 10 bis 1, Montag, Mittwoch u. Freitag 11 bis 1 Uhr Mittags unentgeltlich geöffnet. — Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgen. Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 12-1 Uhr.

Telegraphenanstalten: 1. Kaiserl. Telegraphenamt (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5. 2. Telegraphenwegamt auf d. Börse, Naßmarkt (geöffnet v. 11 U. B. - 3/4 U. N.) 3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl. 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnpl. 5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Baierschen Bahnpl. 6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse. **Del. Vecchio's Kunstaussstellung** (Kaufhalle 10-4 Uhr). **Neues Theater.** Besichtig. d. innern Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.

7. Kaiserl. Postamt Nr. 6, in der Weststraße. 8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Kanst. Steintw. 9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Eisenb. Bahnpl. (Die unter 3-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesdienst.)

Prima russ. Ural-Caviar pr. W. A. 2,50 in Flaschen von 2 B an. **Aalei. Gelees** pr. Maß v. ca. 10 B = 7,50. **Frischen Ceebohnen u. Schellfische** pr. Korb v. 10 B = 1 B. Versandt in besser. Waare gef. geg. Nachn. [173] - Gustav Steinmann, Altona.

Familien-Nachrichten.

Getraut: Dr. Emil Gebhe in Crimmitschau mit Fräulein Helene Schneider aus Schneberg. — Dr. Matthias Gruba in Großenhain mit Fräulein Selma Fromm. **Geboren:** Hr. Clemens Froberg in Bismarckshaus eine Tochter. — Hr. Louis Kresse in Altenburg eine Tochter. — Hr. Florenz Kossius in Chemnitz ein Sohn. — Hr. Amtsherrn Müller in Leipzig eine Tochter. — Hr. Hermann Rebel in Leipzig ein Sohn. — Hr. Inspector Karl Redlich in Schloß Plau ein Sohn. — Hr. Arno Roth in Delitzsch ein Sohn. **Getorben:** Dr. Georg Ernst in Leipzig. — Hr. Kaufmann Moriz August Flanberka in Bayen. — Dr. Kammerherr Gustav Alfred v. Globig in Dresden. — Dr. Lebrer Carl Julius Dahnemann in Burkhardtsdorf bei Kirchberg in Sachsen. — Frau Karoline Herling, geb. Löwe, in Leipzig. — Dr. Laurath Prof. Eduard Heuchler in Freiberg. — Dr. königl. breschischer Kammerherr Carl Peter Emil Graf v. Dohenthal-Dillau in Leipzig. — Frau Christiane verwm. Kellberg, geb. Teuchert, in Leipzig. — Dr. Friedrich August Quersfeld in Leipzig. — Dr. Dampfmaschinenbesitzer Friedrich Ferdinand Teupel in Neumühle Leuben bei Kommatzsch.